

Änderung 1: Die Aufnahme von ADB-BUTINACA, Protonitazen, Etazen, Etonitazepyn, 2-Methyl-AP-237 und α -Pyrrolidinoisohexanophenon in die Liste der Suchtstoffe und psychoaktiven Substanzen

4.1 Soziale, darunter demografische Auswirkungen

Betroffene Zielgruppe: potenzielle Konsumenten von Suchtstoffen und psychoaktiven Substanzen

Laut der Meinungs- und Risikoverhaltenserhebung des Polizei- und Grenzschutzamts haben 2015 fast 20 % der erwachsenen Bevölkerung Estlands mindestens einmal im Leben Drogen konsumiert.

Nach den Ergebnissen der Umfrage zum Gesundheitsverhalten der erwachsenen Bevölkerung Estlands (2022) hatten 6,1 % aller Befragten im Alter von 16–64 Jahren Suchtstoffe oder verschreibungspflichtige psychoaktive Medikamente im Laufe der letzten 12 Monate und 5,3 % im Laufe der letzten 30 Tage eingenommen, ohne dass dies medizinisch verordnet gewesen wäre.

Auch von Schüler: innen werden illegale Drogen konsumiert: mehr als ein Drittel (38 %) der estnischen Schulkinder im Alter von 15–16 Jahren gaben an, Drogen konsumiert zu haben.

Die Größe der Zielgruppe ist durchschnittlich.

Ausmaß der Auswirkungen, Häufigkeit des Auftretens und Risiko unerwünschter Auswirkungen

Estland fällt in der Europäischen Union durch eine überdurchschnittlich hohe Prävalenz des Drogenkonsums bei Schüler: innen im Alter von 15–16 Jahren auf.

Bis 2018 stand Estland in der Europäischen Union an erster Stelle hinsichtlich der Todesfälle durch eine Überdosis Drogen.

Ziel der Aufnahme der oben genannten Substanzen in die Liste der Suchtstoffe und psychoaktiven Substanzen ist es, deren Verbreitung und Verfügbarkeit zu begrenzen, da sie ein ernstes Risiko für die öffentliche Gesundheit darstellen können.

ADB-BUTINACA wurde bislang in 26 Mitgliedstaaten der Europäischen Union, darunter Estland, gefunden. Mindestens 14 Todesfälle wurden in Mitgliedstaaten der Europäischen Union mit dem Stoff in Verbindung gebracht.

Protonitazen wurde in sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Union, darunter Estland, gefunden. Protonitazen wurde wiederholt dem Estnischen Forensischen Institut zur Analyse vorgelegt. Die Zahl der durch Benzimidazol-Opioide verursachten Todesfälle stieg 2022 in Estland exponentiell an, 22 Todesfälle davon wurden durch Protonitazen verursacht.

Etazen ist bereits in vielen europäischen Ländern identifiziert worden. Etazen wurde im Zeitraum 2020–2021 beim Estnischen Forensischen Institut dreimal in einer Gesamtmenge von 11,52 g eingereicht.

Bislang wurde Etonitazepyn in sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Union, darunter Estland, gefunden.

2-Methyl-AP-237 wurde in sieben Mitgliedstaaten der Europäischen Union, darunter Estland, gefunden. Beim Estnischen Forensischen Institut wurde 2-Methyl-AP-237 im Jahr 2022 insgesamt zweimal in einer Menge von 1,34 g zur Analyse eingereicht.

α -PiHP wurde in den meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union gefunden, wobei die größten Mengen in den Jahren 2018 und 2022 gefunden wurden. α -PiHP wurde wiederholt dem Estnischen Forensischen Institut zur Analyse eingereicht.

Das Ausmaß und die Häufigkeit der Auswirkungen sind gering, da diese Stoffe nach offiziellen Angaben nach wie vor eher selten in Estland vorkommen. Das Risiko unerwünschter Auswirkungen bei der Aufnahme der oben genannten Substanzen in die Liste der verbotenen Substanzen ist gering, da es für die Substanzen nach aktuellen Angaben keine medizinischen Anwendungsgebiete gibt. Die Änderung wird sich positiv auswirken, da bekannt ist, dass die oben aufgeführten Substanzen weltweit mehrfach zu Gesundheitsschädigungen und Todesfällen geführt haben. Daher ist die Verfügbarkeit dieser Stoffe im Interesse der öffentlichen Gesundheit zu begrenzen.

Die Verordnung wird positive Auswirkungen haben. Die neuen Substanzen, die in die Liste der Suchtstoffe und psychoaktiven Substanzen aufgenommen werden sollen, haben weder ein medizinisches noch ein sonstiges bekanntes legales Anwendungsgebiet. Es handelt sich bei ihnen um Stoffe, deren Verhalten, Wirkungsgrad und Sicherheitsprofil im menschlichen Körper unbekannt sind. Die Beschränkung der Substanzen liegt im Interesse der öffentlichen Gesundheit und senkt das Risiko, dass die Stoffe breitere Verwendung finden.